

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Abkürzungen, einschließlich der abgekürzt zitierten Literatur XXIII

1. BUCH

Die Grundlagen

1. KAPITEL

Das staatliche Strafen

<i>1. Abschnitt: Der Inhalt und die Aufgabe des staatlichen Strafens</i>	1
I. Der Begriff der Strafe	3
II. Die Theorie der positiven Generalprävention	4
A. Die Notwendigkeit sicherer Normgeltung	4
B. Die Öffentlichkeit des Konflikts	6
C. Die Bedeutung der Strafe	6
D. Die Konflikterledigung ohne Strafe	8
E. Ergebnis	8
III. Die absoluten Theorien	9
A. Die Vergeltungstheorien	9
B. Die Sühnethorie	13
IV. Die relativen Theorien (die Präventionstheorien)	13
A. Die Generalpräventionstheorien	13
B. Die Spezialpräventionstheorien	16
1. Die generelle Problematik	16
2. Die Verletzung des Tatprinzips	17
3. Neuere Konzepte	19
V. Die Vereinigungstheorien	20
VI. Anhang: Die Aufgaben der Maßregeln der Besserung und Sicherung	22
A. Theorien der Maßregeln	23
B. Die Differenzierung der Maßregelfunktion	24
<i>2. Abschnitt: Die materielle Legitimation des Strafrechts</i>	26
I. Das Bezugsniveau des Strafrechtsschutzes: Normen als Strafrechtsgut	27
II. Materielle Legitimation des Strafrechts durch Rechtsgüterschutz?	30
A. Allgemeine Probleme	30
B. Der Begriff des Rechtsguts	31
C. Nicht auf Rechtsgüter bezogene Normen	33
III. Kritik der Lehre vom Rechtsgüterschutz	36
IV. Subsidiarität des staatlichen Strafens?	38
<i>3. Abschnitt: Die Abgrenzung der staatlichen Strafe von anderen Reaktionen öffentlichen Rechts</i>	39
I. Die Ordnungswidrigkeiten	39
A. Die historische Entwicklung	40
B. Der gegenwärtige Stand	42

IX

II. Die Disziplinarmaßnahmen	45
A. Die Notwendigkeit von Disziplinarmaßnahmen	45
B. Die Abgrenzung und die Behandlung von Überschneidungen	47
III. Die Ordnungs- und Zwangsmittel nach den Prozeßordnungen	50
 2. KAPITEL Der Grundsatz der Gesetzesbindung und die Geltung des Strafrechts 	
4. <i>Abschnitt:</i> Die Gesetzesbindung und die zeitliche Geltung	51
I. Die Funktion des Grundsatzes der Gesetzesbindung	51
A. Der Meinungsstand	52
B. Die Gesetzesbindung als Objektivitätsgarantie	55
II. Die einzelnen Wirkungen des Grundsatzes der Gesetzesbindung	57
A. Die Gesetzlichkeit der Bestimmung	59
B. Die Bestimmtheit des Gesetzes	60
1. Die Relativität der Bestimmtheit zum Regelungsgegenstand	60
2. Die Notwendigkeit von Vorannahmen des Interpreten zum Regelungsgegenstand	62
3. Die Folgerungen für den Gesetzgeber	64
4. Die Folgerungen für den Gesetzesanwender	68
a) Das Problem des Generalisierungsverbots	68
b) Die Notwendigkeit der Systembildung	71
5. Gewohnheitsrecht?	74
III. Die zeitliche Geltung, insbesondere das Rückwirkungsverbot	75
A. Der Umfang der erforderlichen Geltung	76
B. Die Ausgestaltung der zeitlichen Geltung und des Rückwirkungsverbots nach positivem Recht	78
1. Die Tatzeit	78
2. Strafen und Nebenfolgen contra Maßregeln?	79
3. Nur materielles Recht?	80
4. Die Gesetzesänderung während der Tatzeit	80
5. Das Zeitgesetz	81
C. Das mildeste Gesetz	83
1. Die Bestimmung der kontinuierlichen Geltung	83
2. Die Bestimmung der mildesten Variante	86
D. Rückwirkungsverbot bei Rechtsprechungsänderung?	88
5. <i>Abschnitt:</i> Die räumliche und personelle Geltung	89
I. Die Prinzipien und die dogmatische Stellung	90
A. Die Prinzipien der Geltung	90
1. Der Gesetzeswortlaut nach dem Besonderen Teil	90
2. Die beschränkenden Prinzipien der Geltung	92
B. Die dogmatische Stellung	93
II. Die Ausgestaltung nach geltendem Recht	94
A. Die Anwendung der einzelnen Prinzipien	94
B. Die Probleme des Tatorts	98
C. Prozessuale Besonderheiten	99
D. Das interlokale Strafrecht	99
E. Das Verhältnis zur DDR	100

Die Zurechnungslehre

Der Inhalt und die Aufgabe der Zurechnung, hauptsächlich beim Begehungsdelikt

Die Tatbestandsverwirklichung

6. <i>Abschnitt</i> : Die Grundlagen und die Grundbegriffe der Tatbestandsverwirklichung durch Handlung	102
I. Der Handlungsbegriff	102
A. Die strafrechtlichen Handlungstheorien	104
1. Die Handlungslehre als Teil der Zurechnungslehre	104
2. Die Möglichkeit einer schuldlosen Handlung	104
3. Der kausale Handlungsbegriff	107
4. Der finale Handlungsbegriff	108
5. Handlung als äußere Finalität?	113
B. Die Handlung als individuell vermeidbare Erfolgsverursachung	114
1. Die Trennung von Handlungssteuerung und Antriebssteuerung	114
2. Exkurs: Der soziale Handlungsbegriff	115
3. Die individuelle Vermeidbarkeit	116
4. Die Trennung von Handlung und Unterlassung	118
a) Die Unterscheidung	118
b) Der gemeinsame Oberbegriff	119
c) Negativer Handlungsbegriff?	120
5. Grenzprobleme	121
C. Deliktsfähigkeit eines Verbands, insbesondere: Verbandshandlungen?	124
II. Der Tatbestandsbegriff	126
A. Die Tatbestandsverwirklichung als Stufe der Zurechnung	127
B. Die Entstehung des Tatbestandsbegriffs	128
C. Die dogmatische Bedeutung des Tatbestands	130
1. Der Begriff des Tatbestands	130
2. Weitere Tatbestandsbegriffe	130
3. Kritik der Lehre von den negativen Tatbestandsmerkmalen	131
4. Das Verhältnis von Tatbestand und Unrecht	134
a) Der Grundsatz	134
b) Problemfälle	134
III. Das Verhältnis von Tatbestand und Handlung	137
A. Die Handlung als gemeinsamer Mindestinhalt der Tatbestände	137
B. Die Zugehörigkeit des tatbestandlichen Erfolgs zur Handlung und zum Unrecht	138
1. Das Problem	138
2. Kein Unrecht ohne tatbestandsmäßigen Erfolg?	139
3. Unrecht stets ohne tatbestandsmäßigen Erfolg?	139
4. Ergebnis	141
IV. Die Gestalten der Tatbestände	142
V. Anhang: Die gesetzestechnische Unterscheidung von Verbrechen und Vergehen	150
7. <i>Abschnitt</i> : Einzelheiten der Tatbestandsverwirklichung durch Handlung;	152
1. Teil: Der objektive Tatbestand	152
I. Der objektive Tatbestand als Gegenstand des Allgemeinen Teils	152
II. Die objektive Zurechnung des Erfolgs: Die Kausalität	155
A. Die Äquivalenztheorie	155
B. Kritik der Formel von der <i>condicio sine qua non</i>	156
C. Kausalität als Bedingung	157

III. 1. Fortsetzung: Adäquanz?	163
A. Die Grundbegriffe	163
B. Die Adäquanztheorie	163
IV. 2. Fortsetzung: Der Ausschluß bei erlaubtem Risiko	166
A. Die Begründung des erlaubten Risikos	167
B. Die dogmatische Stellung des erlaubten Risikos	169
C. Einzelheiten	170
1. Die Bewertungsmaximen	170
2. Die Beurteilungsbasis	172
V. 3. Fortsetzung: Der Ausschluß bei erlaubtem Vertrauen (Vertrauensgrundsatz)	174
VI. 4. Fortsetzung: Die Garantenstellung und der Ausschluß der Zurechnung beim Re- greißverbot	176
A. Die Notwendigkeit einer Garantenstellung	177
B. Fallgruppen fehlender Zurechnung	178
C. Die sogenannten Unterlassungsdelikte durch Begehung	182
D. Die Pflichtdelikte	183
VII. 5. Fortsetzung: Der Normzweckzusammenhang (die Risikokonkurrenz und die Ri- sikoverwirklichung)	184
A. Das Problem	184
B. Der Lösungsweg	185
C. Die Durchführung der Lösung	187
1. Die ubiquitären Risiken	187
a) Grundfälle	187
b) Die Lage bei mehrseitiger Risikozuständigkeit	188
2. Die Fälle von Risikovariation	189
a) Grundfälle	189
b) Die Risikovariation bei mehrseitiger Risikozuständigkeit	190
3. Die mehrfache Risikoverwirklichung	190
D. Einzelfragen zum Normzweckzusammenhang	191
E. Die Berücksichtigung hypothetischer Erfolgsursachen bei der Strafzumessung	193
1. Der Grundsatz	193
2. Die Möglichkeit einer Strafrahmenermilderung wegen hypothetischer Erfolgs- ursachen (Ähnlichkeit mit abstrakter Gefährdung oder Versuch)	194
F. Risikoerhöhung?	195
VIII. 6. Fortsetzung: Der Ausschluß der Zurechnung bei Einverständnis, tatbestandsaus- schließender Einwilligung und Handeln auf eigene Gefahr	197
A. Das Einverständnis	198
B. Die tatbestandsausschließende Einwilligung und das Handeln auf eigene Gefahr	201
1. Die Abgrenzung der tatbestandsausschließenden Einwilligung von der recht- fertigen Einwilligung	201
2. Der zur Einwilligung Berechtigte	202
3. Die Objektivierung der Einwilligung	203
4. Die Einwilligung bei Zwang und Irrtum	204
5. Die Rechts- und Sittenwidrigkeit von Tat und Einwilligung	206
6. Der Gegenstand und die Intensität der Einwilligung und das Handeln auf ei- gene Gefahr	207
7. Weitere Einzelheiten	209
 8. Abschnitt: Einzelheiten der Tatbestandsverwirklichung durch Handlung;	
2. Teil: Der subjektive Tatbestand als Vorsatz	210
I. Der für den Vorsatz maßgebliche Zeitpunkt; Allgemeines	210
II. Die Elemente des Vorsatzes	213
A. Das Problem der Tatsachenblindheit	213
B. Der Vorsatz als Wissen	213
C. Die Intensität des Wissens	215

III. Die Gestalten des Vorsatzes	217
A. Der Vorsatz bei Hauptfolgen	218
B. Der Vorsatz bei Nebenfolgen	219
1. Wissentlichkeit bei Nebenfolgen	219
2. Bedingter Vorsatz	220
C. Alternativer Vorsatz	227
D. Die zur Tatbestandsverwirklichung erforderliche Vorsatzgestalt	228
IV. Der Gegenstand des Vorsatzes und Abweichungsprobleme	230
A. Allgemeines	232
B. Der Vorsatz bei Blankettgesetzen	233
1. Das Problem	233
2. Die Lösung	234
C. Die normativen Tatbestandsmerkmale als Vorsatzgegenstand	235
1. Das Problem	235
2. Die Lösung	237
a) Die Differenzierung der Merkmale	237
b) Die Konsequenzen für die Scheidung von Vorsatz und Unrechtsbewußtsein	239
c) Irrtumsprobleme	239
D. Die Kausalität als Vorsatzgegenstand	240
1. Die Verwirklichung des gesehenen Risikos	240
a) Grundsatz: Übertragung der Regeln der objektiven Zurechnung	240
b) Einzelheiten	242
2. Die vorzeitige Vollendung und der dolus generalis	244
3. Der Objektsirrtum	247
4. Der Individualisierungsirrtum und der Motivirrtum	249
E. Die privilegierenden Tatbestandsmerkmale als Vorsatzgegenstand	249
V. Die Steuerungsmerkmale und sonstige subjektive Unrechtselemente	251
VI. Der subjektive Tatbestand aus psychologischer Sicht	254
9. Abschnitt: Einzelheiten der Tatbestandsverwirklichung durch Handlung; 3. Teil: Der subjektive Tatbestand als Fahrlässigkeit und als Vorsatz- Fahrlässigkeits-Kombination	256
I. Die individuelle Fahrlässigkeit	258
A. Allgemeines	258
B. Die Fahrlässigkeit als Erkennbarkeit der Tatbestandsverwirklichung	259
II. Kritik der objektiven Fahrlässigkeit	261
III. Einzelprobleme der Fahrlässigkeit	264
A. Die Übernahmefahrlässigkeit	264
B. Die Entscheidungsrelevanz des erkennbaren Risikos	265
C. Die Erkennbarkeit eines objektiv zurechenbaren Risikos	265
D. Die Leichtfertigkeit	267
E. Die scheinbare Fahrlässigkeit	268
F. Fahrlässigkeit und Erfolg (fahrlässiger Versuch?)	268
IV. Die aus Vorsatz und Fahrlässigkeit zusammengesetzten Delikte (sogenannte Vor- satz-Fahrlässigkeits-Kombinationen)	269
10. Abschnitt: Die objektiven Bedingungen (der Ausschließung) des Unrechts oder seiner Straftatbestandlichkeit	274
I. Die nur-objektiven Bedingungen des Unrechts oder seiner Straftatbestandlichkeit (die sogenannten objektiven Strafbarkeitsbedingungen)	274
A. Das Problem	274
B. Die Dogmatik der Bedingungen des Unrechts und der Straftatbestandlichkeit	275

Inhaltsverzeichnis

II. Die rollenbezogenen Bedingungen der Ausschließung des Unrechts oder seiner Straftatbestandlichkeit (die sogenannten persönlichen Ausnahmen von der Strafbarkeit)	279
A. Die Abgrenzung zu den Verfahrenshindernissen	279
B. Die rollenbezogenen Bedingungen	281
C. Die Abgrenzung zu anderen materiellrechtlichen oder komplexen Bestrafungshindernissen	282
 2. KAPITEL Die Rechtfertigung 	
11. <i>Abschnitt</i> : Die allgemeinen Lehren	285
I. Die Prinzipien der Rechtfertigung	286
II. Das Postulat der „Einheit der Rechtsordnung“	287
III. Die Bestimmung prospektiver und auf Verdacht abstellender Rechtfertigungsmerkmale	288
IV. Die Konkurrenz von Rechtfertigungsgründen	293
V. Die subjektive Seite der Rechtfertigung	294
A. Die sogenannte Rechtfertigungstendenz und die Unkenntnis der Merkmale eines Rechtfertigungstatbestands	294
B. Zur Prüfungspflicht	297
C. Die ungewisse Vorstellung von einer Rechtfertigungslage	298
D. Die Rechtfertigung bei Fahrlässigkeitstaten	299
E. Der Subsumtionsirrtum bei Merkmalen des Rechtfertigungstatbestands und der Bestandsirrtum (der indirekte Verbotsirrtum)	301
F. Die Besonderheiten bei den normativen Merkmalen des Rechtfertigungstatbestands	302
G. Die irriige Annahme der Verwirklichung eines Rechtfertigungstatbestands	303
12. <i>Abschnitt</i> : Die Notwehr	310
I. Vorbemerkungen	311
II. Die notwehrfähigen Güter, die Staatsnotwehrhilfe	312
III. Der rechtswidrige Angriff	316
IV. Die Gegenwärtigkeit des Angriffs	319
V. Die Abwehr des Angriffs	322
VI. Die Erforderlichkeit der Abwehr	322
VII. Die Einschränkung des Notwehrrechts	326
A. Einschränkung durch die Menschenrechtskonvention?	326
B. Die Sondernormen für hoheitliches Handeln	327
C. Die Einschränkung der Notwehr neben hoheitlichem Handeln	329
D. Die Einschränkung durch die Garantie der Mindestsolidarität	330
E. Die Einschränkung wegen vorangegangenen Provokationsverhaltens	332
F. Die Einschränkung durch Pflichten kraft institutioneller Zuständigkeit	335
VIII. Die Besonderheiten der Notwehrhilfe	335
IX. Die Wirkungen der Notwehr	336
13. <i>Abschnitt</i> : Der rechtfertigende Notstand	337
I. Die Arten des Notstands im Überblick	337
II. Der aggressive Notstand nach § 34 StGB	340
A. Die notstandsfähigen Güter, Staatsnotstandshilfe	341
B. Die gegenwärtige Gefahr	342
C. Die Erforderlichkeit	344
D. Die Abwägung der widerstreitenden Interessen	345
E. Die Angemessenheitsklausel	352
III. Die Besonderheiten des defensiven Notstands	356

Inhaltsverzeichnis

14. Abschnitt: Die rechtfertigende Einwilligung	357
I. Der Grund der Strafbefreiung	357
II. Einzelheiten	360
15. Abschnitt: Grenzbereiche zu Notwehr, Notstand und Einwilligung	364
I. Das Widerstandsrecht nach Art. 20 Abs. 4 GG	364
II. Die Pflichtenkollision	365
III. Das Handeln im Interesse und mit mutmaßlicher Einwilligung des Verletzten	370
16. Abschnitt: Die Amtsrechte und weitere Rechtfertigungsgründe besonderer Regelungsbereiche	372
I. Die Amtsrechte	373
II. Das Handeln auf Anweisung (die dienstliche Anordnung und der militärische Befehl)	375
III. Die delegierten Amtsrechte (das Handeln pro magistratu)	377
IV. Die behördliche Erlaubnis	380
V. Die parlamentarischen Berichte	381
VI. Das Züchtigungsrecht	381
VII. Die Wahrnehmung berechtigter Interessen	383

3. KAPITEL

Die Schuld

17. Abschnitt: Allgemeine Lehren	384
I. Übersicht	384
II. Der psychologische und der normative Schuldbegriff	386
A. Der psychologische Ansatz	386
B. Normativierung	387
C. Die Schuldlehre des Finalismus	389
D. Der gegenwärtige Stand	391
III. Die Begründung eines funktionalen Schuldbegriffs	392
A. Die Aufgabe des Schuldbegriffs	394
B. Die Irrelevanz der Willensfreiheit	397
C. Beispielhafte Fallgruppen	398
D. Die Bedeutung des Schuldgrundsatzes für die Strafbegründung und das Strafmaß	399
E. Tatschuld und Lebensführungsschuld	401
IV. Der Aufbau des Schuldbegriffs	403
A. Trennung von Schuld und Verantwortung?	404
B. Der Schuldtatbestand	405
1. Die Notwendigkeit eines Schuldtatbestands	405
2. Die einzelnen Merkmale des Gesamtschuld tatbestands im Überblick: Der positive Schuld tatbestand	407
3. Fortsetzung: Die Unzumutbarkeit (der negative Schuld tatbestand)	409
V. Die Abhängigkeit des Schuldzeitpunkts und des Schuldmaßstabs vom Vorverhalten	410
A. Das Problem	411
B. Der Vollrausch	412
C. Actio libera in causa: Die causa libera als Tathandlung	415
D. Zu verantwortende Erschwerung der Normbefolgung: Zumutbarkeit	417
1. Zumutbarkeit als Zuständigkeit	417
2. Unterschiedliche Zuständigkeit des Täters und des Tatbegünstigten	420

Inhaltsverzeichnis

VI. Der Irrtum über Voraussetzungen und Folgen des Schuldtatbestands; insbesondere: Der Irrtum über Entschuldigungsvoraussetzungen als Entschuldigungsgrund	421
A. Der Irrtum über die Rechtsfolge	421
B. Der Irrtum über die Voraussetzungen	421
 18. Abschnitt: Die Zurechnungsunfähigkeit und die im Zusammenhang mit ihr geregelten Fälle der Unzumutbarkeit (§§ 19, 20, 21 StGB)	 424
I. Die Zurechnungsunfähigkeit der Kinder und bei Jugendlichen	427
II. Die Schuldunfähigkeit (Zurechnungsunfähigkeit und bereichsweise Unzumutbarkeit) nach § 20 StGB	427
A. Überblick	427
B. Die krankhafte seelische Störung	429
C. Der Schwachsinn	432
D. Die Bewußtseinsstörung und die Abartigkeit	432
1. Nochmals: Zur Trennung von Zurechnungsunfähigkeit und Unzumutbarkeit bei § 20 StGB	432
2. Die tiefgreifende Bewußtseinsstörung	434
3. Die schwere seelische Abartigkeit	435
E. Die normative Konsequenz (die Einsichts- und Befolgungsfähigkeit)	438
III. Die sogenannte verminderte Schuldfähigkeit (die partielle Unzumutbarkeit) nach § 21 StGB	440
 19. Abschnitt: Die Unrechtseinsicht und der Verbotsirrtum	 443
I. Die Regelungsmodelle im Überblick und der Gang der Rechtsprechung	446
A. Grundbegriffe und historische Entwicklung	446
B. Umriß der Theorie des Verbotsirrtums bei einem funktionalen Schuldbegriff	448
II. Kritik starrer Modelle und vorsatztheoretischer Modelle	450
III. Die elastische Schuldtheorie	452
IV. Die Unrechtseinsicht	454
V. Die fehlende Unrechtseinsicht (Verbotsirrtum), Irrtumsformen	459
VI. Der Begriff der Vermeidbarkeit des Verbotsirrtums	460
A. Die Vermeidbarkeit als Zuständigkeit für den Defekt	460
B. Die Dominanz der normativen Perspektive	460
C. Einzelheiten	461
VII. Die rechtliche Folge des Verbotsirrtums	465
VIII. Der entschuldigende Irrtum über die Verbindlichkeit eines Befehls	467
 20. Abschnitt: Die Unzumutbarkeit	 469
I. Der entschuldigende Notstand (§ 35 StGB)	469
A. Notstandstheorien	469
B. Die einzelnen Voraussetzungen der Entschuldigung	471
C. Die Hinderung der Entschuldigung bei Zuständigkeit des Täters für den Kon- flikt	473
D. Die Strafmilderung	475
II. Die Zumutbarkeit beim Überzeugungstäter (Gewissenstäter)	476
A. Die Gestalten der Überzeugung	477
B. Die Voraussetzungen der Entschuldigung	479
III. Der Notwehrexzeß	482
A. Die Theorie des Entschuldigungsgrunds	482
B. Die Voraussetzungen der Entschuldigung	482
IV. Die Besonderheiten der Zumutbarkeit beim Fahrlässigkeitsdelikt	485
V. Die Entschuldigung bei Interessenkollision (der sogenannte übergesetzliche, ent- schuldigende Notstand)	487
VI. Unspezifizierte Unzumutbarkeit als Entschuldigungsgrund?	489

Inhaltsverzeichnis

4. KAPITEL

Ergänzung zur Tatbestandsverwirklichung: Die Beteiligung

21. Abschnitt: Die Täterschaft	492
I. Differenzierung der Beteiligten oder Einheitstäterschaft?	492
II. Die Voraussetzungen von Täterschaft in Sonderfällen (die deliktsspezifischen Tätermerkmale und die Vertreterhaftung)	495
A. Die deliktsspezifischen Tätermerkmale	495
B. Die Vertreterhaftung	496
III. Die Tatbestände der Täterschaft bei Herrschaftsdelikten	499
A. Die Täterschaftsformen im Überblick	499
B. Die Problematik der eigenhändigen Delikte	500
C. Die Täterschaftstheorien	502
1. Die formell-objektive Theorie	502
2. Ältere materielle Theorien	503
3. Die subjektive Theorie	504
4. Die Tatherrschaftslehre	507
IV. 1. Fortsetzung: Das Selbst-Begehen, § 25 Abs. 1, 1. Fallgruppe StGB	509
V. 2. Fortsetzung: Das gemeinschaftliche Begehen (die Mittäterschaft), § 25 Abs. 2 StGB	511
A. Der gemeinsame Tatentschluß	511
B. Die objektive Seite des gemeinsamen Begehens	514
1. Die Bestimmung der anteiligen Herrschaft	514
2. Problematische Fallgruppen	516
3. Die täterschaftliche Beteiligung an einer Selbstverletzung	518
C. Die Konsequenzen von Mittäterschaft	520
VI. 3. Fortsetzung: Das Begehen durch einen anderen (die mittelbare Täterschaft), § 25 Abs. 1, 2. Fallgruppe StGB	522
A. Die Begründung der vorrangigen Zuständigkeit des mittelbaren Täters (überlegene Entscheidungsherrschaft)	522
B. Die Fallgruppen mittelbarer Täterschaft	526
1. Die mittelbare Täterschaft durch ein Werkzeug ohne Tatbestandsvorsatz	526
2. Die mittelbare Täterschaft bei quasi-unvorsätzlicher Handlung, insbesondere Selbstverletzung des Werkzeugs	527
3. Die mittelbare Täterschaft durch ein gerechtfertigt handelndes Werkzeug	528
4. Die mittelbare Täterschaft durch ein quasi-gerechtfertigt handelndes Werkzeug	530
5. Die mittelbare Täterschaft durch ein schuldlos handelndes Werkzeug	531
6. Die mittelbare Täterschaft bei Selbstverletzung eines quasi-entschuldigenden Werkzeugs	534
7. Weitere Fallgruppen?	535
C. Die Konsequenzen der mittelbaren Täterschaft	537
VII. Schluß	539
A. Die Nebentäterschaft	539
B. Die Beteiligungsformen der Teilnahme	540
C. Die Beteiligung bei Fahrlässigkeit	540
VIII. Die Täterschaft bei den Pflichtdelikten	541
22. Abschnitt: Die Teilnahme	543
I. Der Strafgrund der Teilnahme	543
A. Die Korruptierungstheorie	543
B. Die Unrechtsteilnahmetheorie	544
C. Die Verursachungstheorie	545
D. Die Theorie der erfolgsbezogenen Unrechtsteilnahme	545

Inhaltsverzeichnis

II. Die Abhängigkeit der Teilnahme von der Haupttat	547
A. Die Voraussetzungen der Haupttat	547
B. Die äußere (quantitative) Akzessorietät	550
III. Die Anstiftung	550
A. Die Besonderheit der Teilnahme durch Anstiftung	551
B. Einzelheiten	552
IV. Die Beihilfe	555
A. Die Kausalität der Beihilfe	556
B. Der Zeitpunkt der Beihilfe	559
C. Restfragen	560
23. <i>Abschnitt:</i> Die innere (qualitative) Akzessorietät bei akzessorischer Beteiligung (Mittäterschaft und Teilnahme)	561
I. Das Problem	561
II. Der Lösungsweg	563
A. Kritik der Lösungsvorschläge der Literatur	563
B. Eigene Lösung: Die Beschränkung der besonderen persönlichen Merkmale auf Sonderpflichten und Eigenhändigkeit	565
1. Entgegensetzung von subjektiven Merkmalen und Sonderpflichten	565
2. Die Höchstpersönlichkeit subjektiver Merkmale	566
3. Die beschränkte Akzessorietät der Sonderpflichten und der Eigenhändigkeit; Abgrenzungen	568
III. Das Ergebnis	569
A. Strafbarkeitsbegründende Merkmale	569
B. Strafbarkeitsmodifizierende Merkmale	571
24. <i>Abschnitt:</i> Gemeinsame Regeln für Täterschaft und Teilnahme	572
I. Die Verwirklichung des Risikos der vorsätzlichen Beteiligung, insbesondere: Der Irrtum über die Beteiligtenrolle	572
II. Die sogenannte notwendige Teilnahme (die Beteiligung ohne Haftung)	575
III. Das Regreßverbot (die scheinbare Beteiligung)	577
A. Der Meinungsstand	577
B. Die Begründung des Regreßverbots, Fallgruppen	578
5. KAPITEL	
Ergänzung zur Tatbestandsverwirklichung und zur Schuld:	
Der Versuch und der Beteiligungsversuch	
25. <i>Abschnitt:</i> Der Versuch	581
I. Die Stufen des Delikts	582
A. Die Grundbegriffe, der Versuch als formeller Begriff	582
B. Die Unternehmensdelikte	583
1. Die echten Unternehmensdelikte	583
2. Die unechten Unternehmensdelikte	584
C. Die Vorbereitung	585
D. Die Beendigung	585
II. Der Strafgrund des (formellen) Versuchs	586
A. Der Meinungsstand	586
B. Der Versuch als expressiver und tatbestandsnaher Normbruch	589
III. Der subjektive Tatbestand beim Versuch	590
A. Die Beschränkung auf Vorsatzdelikte	590
B. Die Tatentschlossenheit	592

Inhaltsverzeichnis

C. Die Tat als Gegenstand der Entschlossenheit	594
1. Die Tauglichkeit in subjektiver Sicht	594
2. Die Abgrenzung von Versuch und Wahndelikt	595
a) Der Grundsatz	595
b) Die normativen Tatbestandsmerkmale	595
c) Die irrige Annahme von Sonderpflichten	597
d) Zusammenfassung	599
IV. Der objektive Tatbestand beim unbeendeten Versuch; die Abgrenzung von Vorbereitung und Versuch	600
A. Das Ansetzen zur Tatbestandsverwirklichung	600
B. Die Unmittelbarkeit	601
C. Die Bedeutung der Vorstellung des Versuchstäters	601
D. Konkretisierungen	602
V. Der objektive Tatbestand beim beendeten Versuch	606
A. Das Problem	606
B. Die Lösung	607
VI. Die Bestrafung des Versuchs	607
A. Der Umfang der Strafbarkeit und die Kannmilderung	607
B. Der grob unverständige Versuch	610
26. Abschnitt: Der Rücktritt	611
I. Die dogmatische Stellung und der Grund der Strafbefreiung	612
II. Der Rücktrittstatbestand beim ausführenden Täter	614
A. Der unbeendete Versuch	614
B. Die Grenze von unbeendetem und beendetem Versuch	616
C. Der beendete Versuch	618
III. Der Rücktrittstatbestand bei Beteiligung	621
IV. Die Zurechenbarkeit des Rücktrittsverhaltens: Die Freiwilligkeit	623
A. Der Meinungsstand	623
B. Die Lösung der Problematik	625
V. Die Wirkung des Rücktritts	628
27. Abschnitt: Der Versuch der Beteiligung	629
I. Der Strafgrund des Beteiligungsversuchs	630
II. Die einzelnen Tatbestände des Beteiligungsversuchs	631
A. Die sogenannte versuchte Anstiftung, § 30 Abs. 1 StGB	631
B. Die Annahme des Sich-Erbietens, § 30 Abs. 2, 2. Fallgruppe StGB	633
C. Das Sich-Bereiterklären, § 30 Abs. 2, 1. Fallgruppe StGB	633
D. Die Verabredung, § 30 Abs. 2, 3. Fallgruppe StGB	633
III. Die Strafbarkeit der Beteiligung nach § 30 StGB	634
IV. Der Rücktritt vom Versuch der Beteiligung	635

2. TITEL

Der Inhalt und der Aufbau der Zurechnung, hauptsächlich beim Unterlassungsdelikt

6. KAPITEL

Die Zurechnung beim Unterlassungsdelikt

28. Abschnitt: Handlung und Unterlassung	637
I. Die Trennung von Handlung und Unterlassung	637
A. Die Prinzipien der Trennung	637
B. Fallgruppen	639
II. Die gesetzlichen Tatbestände von Unterlassungsdelikten	640
III. Das Problem der Sonderpflicht bei der begehungsgleichen Unterlassung	642

29. Abschnitt: Das unechte Unterlassungsdelikt	645
I. Der Regelungsumfang von § 13 Abs. 1 StGB	645
II. Die objektive Zurechnung	649
A. Der Erfolgssachverhalt	649
B. Die Täterstellungen	650
C. Die Abwendungsfähigkeit	650
D. Die hypothetische Kausalität	652
E. Der Normzweckzusammenhang	654
III. 1. Fortsetzung: Die Garantenstellungen	657
A. Überblick	658
B. Die Pflichten kraft Organisationszuständigkeit	661
1. Die Sicherungspflichten bei Verkehrspflichten und Ingerenz	661
a) Die Begründung der Pflichten	661
b) Besonderheiten der Rechtsprechung	665
2. Die Rettungspflichten bei Verkehrspflichten und Ingerenz	666
3. Die Übernahme von Pflichten, Obliegenheiten und Handlungsbereitschaften; zugleich: Die Befreiung eines primär Verpflichteten durch Übernahme	670
4. Die Pflichten kraft Organisationszuständigkeit zur Hinderung von Selbstver- letzungen	674
C. Die Pflichten kraft institutioneller Zuständigkeit	675
1. Das Problem	675
2. Das Eltern-Kind-Verhältnis	676
3. Die Ehe	678
4. Die Ersatzverhältnisse	678
5. Das besondere Vertrauen	679
6. Die genuin staatlichen Pflichten	682
a) Staatliche Gewaltverhältnisse	682
b) Elementare Sicherheit, Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit	683
IV. 2. Fortsetzung: Die Entsprechensklausel	685
V. Der subjektive Tatbestand	687
A. Der Unterlassungsvorsatz	687
B. Die Unterlassungsfahrlässigkeit	692
VI. Die Rechtswidrigkeit	693
VII. Die Schuld	694
VIII. Ergänzung zur Tatbestandsverwirklichung: Die Besonderheiten der Beteiligung durch Unterlassen	695
A. Pflichten kraft Organisationszuständigkeit	696
B. Pflichten kraft institutioneller Zuständigkeit	699
IX. Ergänzung zur Tatbestandsverwirklichung: Die Beteiligung am Unterlassen	700
X. Ergänzung zur Tatbestandsverwirklichung und zur Schuld: Der Versuch und der Versuch der Beteiligung durch Unterlassen	702
A. Der Versuch	702
B. Der Rücktritt	705
C. Der Beteiligungsversuch	706
XI. Die fakultative Strafmilderung	706
30. Abschnitt: Das echte Unterlassungsdelikt	708
A. Die Vollendung	708
B. Der Versuch und der Rücktritt	709

3. TITEL

Die Konkurrenz

7. KAPITEL

Die scheinbare und die echte Konkurrenz

31. <i>Abschnitt</i> : Die scheinbare Konkurrenz (sogenannte Gesetzeskonkurrenz)	710
I. Die Grundbegriffe und die Grundmodelle der Konkurrenzlehre	710
II. Die Prinzipien der Gesetzeskonkurrenz	713
A. Die Spezialität als Form der Gesetzeskonkurrenz	714
1. Der Grundsatz	714
2. Die Beschränkung der Gesetzeskonkurrenz auf Fallgruppen eines Delikts	716
B. Die Gründe für die Annahme von Gesetzeskonkurrenz	717
III. Die einzelnen Fallgruppen der Gesetzeskonkurrenz	719
A. Die Spezialität im engeren Sinn	719
B. Die Spezialität kraft Vollendungsdichte, Beteiligungs- und Erfolgsintensität (Subsidiarität)	722
C. Die Spezialität zur Begleitart (Konsumtion)	724
D. Die Spezialität kraft Vorgriffs (mitbestrafte Nachtat)	726
IV. Die Wirkungen der Gesetzeskonkurrenz	728
32. <i>Abschnitt</i> : Die Einheit des Verhaltens bei der echten Konkurrenz und bei der einfachen, quantitativ erweiterten Tatbestandsverwirklichung	731
I. Die Einheit der Handlung im Sinn von § 52 StGB	733
A. Die Einheit der Handlung im „natürlichen“ Sinn	733
B. Die juristische Handlungseinheit als Erweiterung der Einheit der „natürlichen“ Handlung	734
II. Das Verhältnis der Zahl der Handlungen zur Zahl der Delikte	737
A. Die Mehrheitstheorie	737
B. Keine mehrfache Gesetzesverletzung bei bloßer Quantitätssteigerung	739
III. Die handlungsvereinigenden Tatbestände	741
IV. Die Einheitlichkeit des Verhaltens beim Unterlassungsdelikt	743
V. Weitere Erscheinungsformen juristischer Handlungseinheit?	744
A. Die Sammelstraftat	744
B. Die natürliche Handlungseinheit	745
C. Der Fortsetzungszusammenhang	746
33. <i>Abschnitt</i> : Die Idealkonkurrenz und die Realkonkurrenz	752
I. Die Idealkonkurrenz	752
A. Die kumulierte Zurechnung	752
B. Fallgruppen der Idealkonkurrenz	753
C. Kritik der Klammerwirkung	756
II. Die Realkonkurrenz	757
A. Der Grundsatz der Gesamtstrafenbildung	758
B. Der Vorgang der Gesamtstrafenbildung	759
Sachregister	763